



Der langsame Abschied vom Bargeld

Der Lebensmittelhandel und die Kunden brauchten lange, bis sie sich an Kartenzahlungen gewöhnten. An den Handeltassen in Deutschland herrschten stets eigene Gesetzmäßigkeiten. | Hanno Bender

Der Computer mit Drucker kostete Ende der 1980er Jahre rund 4000 D-Mark. Horst Rüter kann sich gut daran erinnern, wie er an der Kasse im Elektromarkt zehn einzelne Eurocheques ausfüllen und unterschreiben musste, um den Einkauf zu bezahlen. „Das hat fast eine halbe Stunde gedauert. Die Bezahlung mit Schecks war weder für den Handel noch für die Kunden bequem. Über viele Jahre war der Eurocheque aber die einzige relevante Alternative zum Bargeld“, sagt Rüter, Mitglied der Geschäftsführung im EHI Retail Institute und seit 33 Jahren im Forschungsbereich Zahlungssysteme tätig.

Im kommenden Jahr feiert der Arbeitskreis sein 40-jähriges Bestehen. Damals, 1984, begann es langsam spannend zu werden an den Kassen des Handels, denn mit der Kreditkarte und später der EC-Karte kamen neue Zahlungsmittel auf. Zuvor war die Geschichte des Bezahlers an der Supermarktkasse über Jahrzehnte die Geschichte des Bargelds. Seit 1994 er-

fasst Rüter Jahr für Jahr die Anteile der Zahlungsverfahren im Einzelhandel und liefert jeweils zum EHI-Kartenkongress im Frühjahr die wohl verlässlichsten und umfassendsten Zahlen zum Zahlen.

Bargeld liegt noch immer vorn

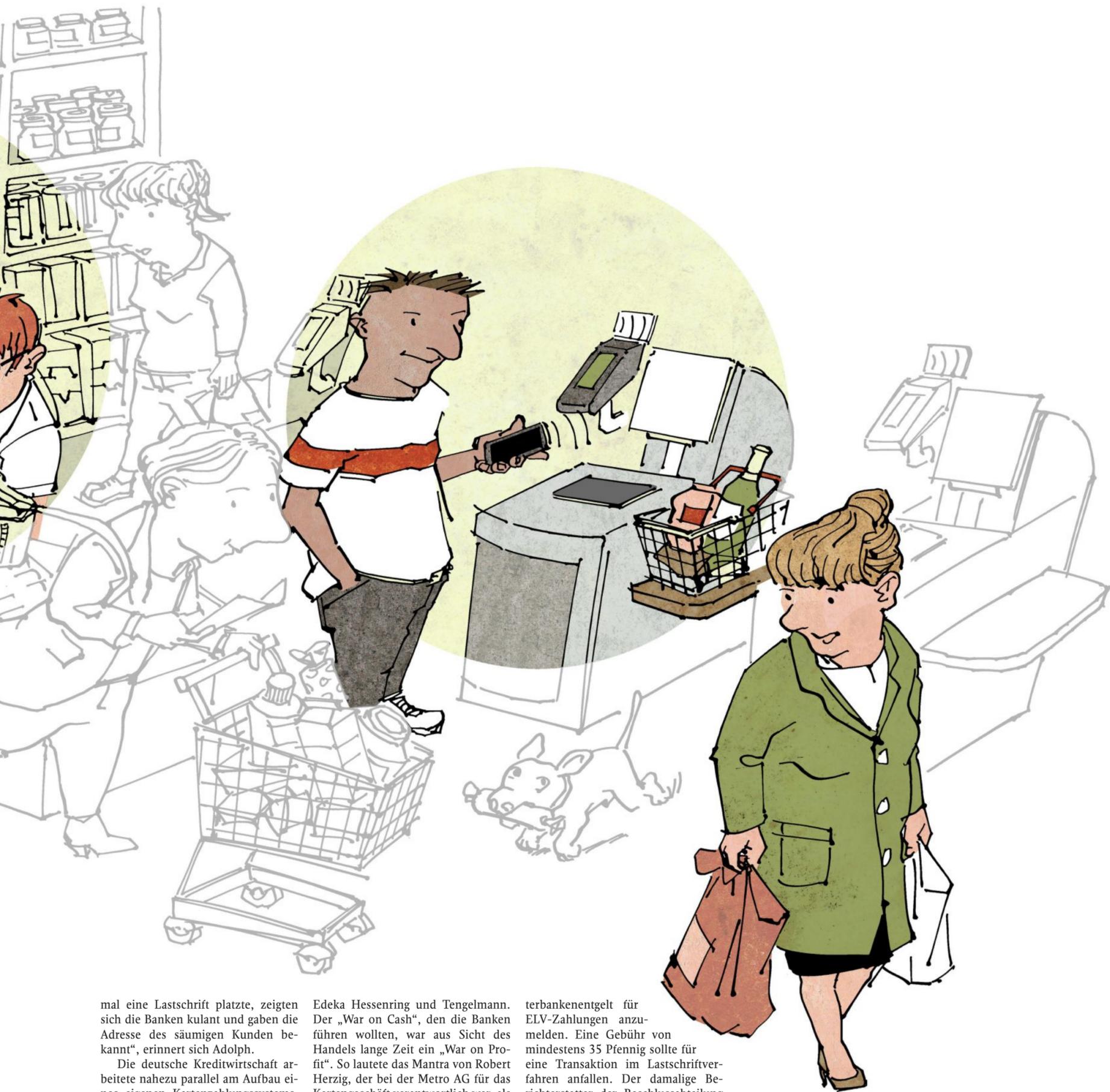
Deutschland gilt als Land der Bargeld-Liebhaber und das spiegelt sich in den EHI-Statistiken über einen langen Zeitraum wider. Im Jahr 1994 belief sich der Anteil der Umsätze, die an den Kassen des Einzelhandels mit Scheinen und Münze erlöst wurden, noch auf knapp 80 Prozent. Der Eurocheque kam damals auf 8,3 Prozent, Kreditkarten nur auf 3,3 Prozent. Erst im Jahr 2017 erreichten Bargeld und Kartenzahlungen umsatzbezogen einen Gleichstand. Im vergangenen Jahr wurden an den Kassen im Einzelhandel nur noch 37,5 Prozent bar erlöst. Beim Anteil der Transaktionen liegt das Bargeld mit rund 60 Prozent aber nach wie vor auf Platz eins in der EHI-Statistik.

Kartenzahlungen kamen im deutschen Handel Ende der 80er Jahre, Anfang der 90er auf. Die Bekleidungshäuser Peek & Cloppenburg und Ludwig Beck in München gehörten zu den Pionieren des bargeldlosen Bezahlers im Handel. Kreditkarten waren in Deutschland aber kaum verbreitet und den Händlern zu teuer. Sie nutzten lieber die Eurocheque-Karten der Banken, die inzwischen nicht mehr nur als Legitimationspapier zum Scheckausstellen dienten, sondern als Plastikkarte auch an Geldautomaten zum Einsatz kamen.

Eine unscheinbare Besonderheit dieser Bankkarten führte dazu, dass Deutschland bei der Kartenzahlung am POS in Europa und weltweit bis heute eine Sonderstellung einnimmt. Zudem entbrannte ein jahrzehntelanger Machtkampf zwischen Handel und Banken. Auf der sogenannten „Spur drei“ des Magnetstreifens der deutschen EC-Karten befanden sich die Informationen zu Bankleitzahl und Kontonummer des Karteninhabers. Mithilfe dieser Daten konnte ei-

ne klassische Lastschrift erzeugt und bei der betreffenden Bank eingereicht werden. Dieses von den Banken unabhängige „wilde Lastschriftverfahren“ wurde zu einer Erfolgsgeschichte und zur dauerhaften Konkurrenz des offiziellen EC-Cash-Systems des Zentralen Kreditausschusses (ZKA), in dem die deutschen Banken zu jener Zeit organisiert waren.

Die Lastschriften konnten abends in einem Schwung als sogenannte „Stapelverarbeitungsdatei“ an die Banken übermittelt werden. Das sparte die damals noch teuren Übertragungszeiten. Einziger Haken: Bei fehlender Kontodeckung oder missbräuchlicher Verwendung der Karte drohten Rücklastschriften und Zahlungsausfälle. „Wer damals eine EC-Karte besaß, verfügte jedoch in der Regel über eine gute Bonität, sodass es nur selten zu Rücklastschriften kam“, sagt Paymentexperte Nicolas Adolph. Sein Vater Eberhard Adolph gehörte mit der Firma Alldata zu den Pionieren des elektronischen Lastschriftverfahrens (ELV). „Wenn doch



mal eine Lastschrift platzte, zeigten sich die Banken kulant und gaben die Adresse des säumigen Kunden bekannt“, erinnert sich Adolph.

Die deutsche Kreditwirtschaft arbeitete nahezu parallel am Aufbau eines eigenen Kartenzahlungssystems. Doch die Kosten für die Lesegeräte und die Datenleitungen waren horrend. Richtig zum Fliegen kam das 1990 eingeführte EC-Cash-System mit PIN-Prüfung erst durch die Tankstellenbetreiber. Lebensmittelhändlern war die Kartenakzeptanz noch lange Zeit zu teuer. Dabei spielten die Autorisierungsgebühren von 0,3 Prozent des Kartenumsatzes und mindestens 15 Pfennig noch gar keine Rolle.

Die Banken glaubten dennoch, dass sich ihr System mit Zahlungsgarantie auf Dauer durchsetzen werde. Im Jahr 1992 entschieden die Banken daher, das ELV-Verfahren nebenher zu dulden, um Kartenzahlungen handelsüblich zu machen. Der Handel hielt dagegen das kostengünstigere, kartengestützte Lastschriftverfahren für überlegen. „Das System erschließt neue Kundenkreise, denn für viele Verbraucher ist der PIN-Code zu kompliziert“, urteilte Hubertus Tessar, damals Sprecher des Handelsverbands HDE.

Es dauerte weitere Jahre, bis sich auch der Lebensmittelhandel für die Kartenakzeptanz erwärmen konnte. „Nach jahrelanger Ablehnung gewinnt die Karte als Zahlungsmittel am Point of Sale eine immer stärkere Bedeutung“, schrieb die Lebensmittel Zeitung im Februar 1995 über die ersten Gehversuche bei Tegut, Rewe,

Edeka Hessenring und Tengelmann. Der „War on Cash“, den die Banken führen wollten, war aus Sicht des Handels lange Zeit ein „War on Profit“. So lautete das Mantra von Robert Herzig, der bei der Metro AG für das Kartengeschäft verantwortlich war, als die Düsseldorfer noch zu den Dax-30-Unternehmen gehörten. Das Verhältnis zwischen Handel und Kreditwirtschaft blieb schwierig. „Die Banken sahen den Handel nicht als Partner auf Augenhöhe, sondern wollten uns ihre Bedingungen diktieren“, erinnert sich Paul Monzel, seinerzeit Leiter des Funktionsbereich Payment Services bei der Rewe Gruppe.

Erste Gehversuche im LEH

Bankunabhängige Zahlungsdienstleister wie Intercard und Easycash spezialisierten sich in den folgenden Jahren immer mehr darauf, die kartensbasierten Lastschriften mit Onlineabfragen von Sperrdateien und anderen Mechanismen abzusichern. Sogenannte Mischverfahren, bei denen nur ein geringer Teil unsicherer Karten per teurer PIN-Prüfung autorisiert werden musste, ohne das der Kunde dies bemerkte, sorgten für eine hohe Kosteneffizienz. ELV-Zahlungen waren im Handel daher bis ins Jahr 2007 verbreiteter als die EC-Cash-Transaktionen im offiziellen System der deutschen Kreditwirtschaft.

Das weckte Begehrlichkeiten bei den Banken. Im Jahr 2000 startete der Zentrale Kreditausschuss den Versuch, beim Bundeskartellamt ein In-

terbankenentgelt für ELV-Zahlungen anzumelden. Eine Gebühr von mindestens 35 Pfennig sollte für eine Transaktion im Lastschriftverfahren anfallen. Der damalige Berichterstatter der Beschlussabteilung war der heutige Präsident des Bundeskartellamts, Andreas Mundt.

Den Abwehrkampf für den Handel organisierte Stefan Schneider, damals Geschäftsführer im HDE. Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände lud Schneider in die Bundespressekonferenz, um die Öffentlichkeit über die Pläne der Banken zu informieren. „Die Printmedien schrieben unisono von der ‚heftig umstrittenen EC-Gebühr‘. Damit standen die Banken und Sparkassen in der Öffentlichkeit auf verlorenem Posten“, erinnert er sich. Als auch das Kartellamt signalisierte, den Daumen zu senken, zog der ZKA seinen Antrag zurück. Das ELV-System blieb von Bankgebühren verschont.

Den kostenoptimierten Discountern Aldi und Lidl waren der Aufwand des Belegmanagements und die Gebühren für die Zahlungsdienstleister dennoch zu hoch. Erst eine Sondervereinbarung mit den Banken, die ihnen günstigere EC-Cash-Gebühren zubilligte, führte dazu, dass auch Aldi und Lidl 2005 und 2006 schließlich EC-Karten akzeptierten. „Die ersten Gespräche haben wir bei Aldi mit Ulrich Wolters im Jahr 2001 geführt“, erinnert sich Friedrich Berger, der damals Direktor der Westdeutschen Landesbank war. Die West LB organi-

sierte die Kickback-Zahlungen, mit denen die privilegierten EC-Cash-Gebühren für Aldi, Lidl, Metro & Co. jahrelang realisiert wurden.

Als auch die Edekbank Sonderkonditionen erhielt und der Tankstellenbetreiber Aral vom reinen EC-Cash-Betrieb zum billigeren Mischverfahren wechselte, schaltete sich das Kartellamt erneut ein. 2011 – die EC-Karte hieß inzwischen Girocard – leiteten die Wettbewerbsbehörden ein Verfahren gegen die Verbände der Kreditwirtschaft ein. Sie sahen in dem einheitlichen Händlerentgelt von 0,3 Prozent eine Wettbewerbsbeschränkung. Erst die Verpflichtungserklärung der Banken, das seit 1990 gültige Entgelt ab 2014 mit den Kartenakzeptanten zu verhandeln, führte zur Einstellung des Verfahrens. Nur ein Jahr später deckelte die EU-Kommission die Interbankenentgelte für Kredit- und Debitkarten europaweit, was einen neuen Schub auch für die Kreditkartenakzeptanz im LEH auslöste.

Noch mehr Dynamik entfaltete allerdings die Corona-Pandemie. Die Angst vor der Ansteckung veränderte auch die Gewohnheiten an der Kasse und beflügelte die kontaktlosen Kartenzahlungen in einem bis dato ungekannten Ausmaß.